



Kiel, 21. November 2012

Nr. 273/2012

Ralf Stegner:

EU-Mittel für die Regionen nicht kürzen!

Morgen beginnt der zweitägige Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs über die EU-Finanzplanung der kommenden Jahre. Der von der Ratspräsidentschaft vorgelegte Vorschlag für den Haushalt 2014 – 2020 sieht drastische Kürzungen in allen Politikbereichen, vor allem aber bei der Kohäsionspolitik vor. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament appellieren deshalb in einem Offenen Brief an die Bundeskanzlerin, dies zu verhindern. Die Vorsitzenden mehrerer SPD-Landtagsfraktionen haben diesen Brief unterschrieben, darunter auch Dr. Ralf Stegner. Er erklärt dazu:

Die vorgeschlagenen Kürzungen bei der Kohäsionspolitik der Europäischen Union gehen ganz klar zu Lasten der Regionen. Schleswig-Holstein wäre davon deutlich betroffen. Das können und wollen wir nicht hinnehmen. Nach wie vor gibt es strukturelle Ungleichgewichte zwischen den Regionen Europas, die durch Mittel aus den Strukturfonds abgemildert werden. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet bei Programmen, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der 27 EU-Mitgliedsstaaten fördern und Ungleichheiten ausgleichen wollen, rigoros gespart wird. Ich schließe mich deshalb dem Appell unserer Europa-Abgeordneten an und unterstütze auch die Forderung des Bundesrates, eine angemessene Mittelausstattung für die europäische Kohäsionspolitik aufrechtzuerhalten und keinesfalls einseitig zulasten der Regionalkategorien, denen die deutschen Bundesländer künftig zugeordnet werden, zu kürzen.

Ulrike Rodust, schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete, warnt nicht nur vor Einsparungen in der Kohäsionspolitik, sondern lehnt die massive Kürzungsforderung des Europäischen Rates in allen Bereichen des EU-Haushalts ab: „Die regionale Entwicklung ist

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

nicht nur durch die geplanten Kürzungen in der Kohäsionspolitik, sondern auch durch Einsparungen im Agrarhaushalt 2014-2020 gefährdet. Die Kürzungen im Agrarhaushalt betreffen die Direktzahlungen an die Landwirte und vor allem die Fördermittel für die Entwicklung der ländlichen Räume. Sie bedrohen damit den Fortbestand der geförderten 21 Aktiv-Regionen, mit denen Schleswig-Holstein europaweit Maßstäbe setzt. Deshalb lehne ich die Idee der Verschiebung von Haushaltsmitteln zulasten der Regionen entschieden ab. Wir müssen vielmehr die Entwicklung des ländlichen Raumes weiter fördern, um den Menschen dort Anreize für die aktive Mitgestaltung des Strukturwandels zu bieten. Das EU-Parlament hat sich deshalb bereits in mehreren Entschlüssen dafür ausgesprochen, den Agrarhaushalt für 2014-2020 auf dem Niveau von 2013 zu erhalten.“

Anlage: Offener Brief an die Bundesregierung



Büro
der
SPD-Abgeordneten
im Europäischen Parlament

Brüssel, 20. November 2012

**AN
DIE BUNDESKANZLERIN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
DIE MITGLIEDER DER BUNDESREGIERUNG**

per E-Mail

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

am 22./23. November treffen sich die Staats- und Regierungschef zu einem Sondergipfel in Brüssel, um über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU zu beraten. Im Vorfeld des Gipfels hat die zyprische Ratspräsidentschaft erstmals einen Vorschlag mit konkreten Zahlen für den Haushalt 2014-2020 vorgelegt. In dieser sogenannten 'Verhandlungsbox' schlägt die Ratspräsidentschaft drastische Kürzungen in allen Politikbereichen der EU vor. Besonders stark betroffen von den Kürzungen ist die europäische Kohäsionspolitik. Diese Entwicklung beobachten wir mit Sorge.

Die Kohäsionspolitik ist eine der erfolgreichsten Politiken zur Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts. Der Anteil der Struktur- und Kohäsionsfondsmittel an den öffentlichen Investitionen beträgt in zwölf Mitgliedsstaaten gegenwärtig über 50 Prozent, in sechs Mitgliedsstaaten sogar über 60 Prozent. Die Kohäsionspolitik ist eine moderne europäische Wachstumspolitik. Gerade für die Regionen trägt sie einen bedeutenden Anteil am Gesamtaufkommen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erachten wir eine Reduktion im Bereich der Kohäsionspolitik, besonders vor dem Hintergrund der Krise, für wachstumsschädlich und kontraproduktiv. Die Kürzung dieser Mittel ist kein Ausweg aus der Krise. Kohäsionspolitik ist nicht nur ein Ausdruck der Solidarität unter unseren 27 Mitgliedsstaaten, sie ist auch ein starker Hebel zur Erfüllung der Ziele einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Europäischen Union.

Die Kohäsionspolitik gibt wichtige Wachstumsimpulse, unterstützt eine nachhaltige und ökologische Wirtschaftspolitik und schafft Beschäftigung für alle. Die vorgelegten Zahlen berücksichtigen jedoch nicht die positiven Aspekte der Kohäsionspolitik. Dieser Vorschlag setzt einseitig auf Austerität, anstatt eine intelligente und integrierte Wachstumspolitik zu fördern. Nur eine ausreichende Finanzierung der europäischen Strukturpolitik wird auch in Zukunft kluge Investitionen in eine moderne Infrastruktur, eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik und eine Erhöhung der Beschäftigungsquote in den deutschen Regionen und Kommunen ermöglichen.

Die Kohäsionspolitik ist die nachhaltige europäische Investitionspolitik, die Europa den Weg aus der Krise ebnet. Nur eine Kohäsionspolitik auf belastbaren Grundpfeilern gibt Europa und seinen Regionen, was es vor allem benötigt: Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Wenn wir langfristiges Wachstum wollen, wenn wir Beschäftigung für alle wollen, wenn wir für Zukunftsaufgaben gewappnete Regionen wollen, dann benötigen wir dafür ausreichende finanzielle Mittel. Wenn wir Wege aus der Krise finden wollen, wenn wir den Wirtschaftsmotor EU wieder in Gang setzen wollen, dann benötigen wir die entsprechende finanzielle Ausstattung dies zu erreichen.

Als verantwortliche Politikerinnen und Politiker der Europa- und Landespolitik und als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, fordern wir daher die Bundesregierung auf, schrumpfenden Ausgaben im Bereich der Kohäsionspolitik eine Absage zu erteilen. Auch die deutschen Regionen sind weiterhin auf eine starke Förderung durch die Kohäsions- und Strukturfondsmittel angewiesen. Wichtige Investitionen in die regionale Infrastruktur, den Städtebau und die Arbeitsmarktentwicklung sind nur durch eine angemessene Unterstützung möglich.

Starke Regionen gibt es nur mit einer starken Kohäsionspolitik. Wir fordern die Bundesregierung daher mit Nachdruck auf, die deutschen Regionen in der Europäischen Union zu stärken und sie nicht zu schwächen.

Hochachtungsvoll,



Udo Bullmann, MdEP
Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament



Constanze Krehl, MdEP
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament
Berichterstatlerin für die Allgemeine Verordnung

Gezeichnet als Vorsitzende ihrer jeweiligen SPD-Landtagsfraktionen:

Markus Rinderspacher - Freistaat Bayern
Ralf Holzschuher - Brandenburg
Thorsten Schäfer-Gümbel - Hessen
Stefan Schostock - Niedersachsen
Norbert Römer - Nordrhein-Westfalen
Hendrik Hering - Rheinland-Pfalz
Stefan Pauluhn - Saarland
Martin Dulig - Freistaat Sachsen
Katrin Budde - Sachsen-Anhalt
Dr. Ralf Stegner - Schleswig-Holstein
Uwe Höhn - Freistaat Thüringen

Gezeichnet als verantwortliche SPD-Landesminister:

Dr. Angelica Schwall-Düren - Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in Nordrhein-Westfalen
Matthias Machnig - Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie im Freistaat Thüringen